



Kassenärztliche
Bundesvereinigung

Körperschaft des öffentlichen Rechts

KBV KOMPAKT

Newsletter vom 19. November 2008

Aus Berlin

BVA gibt Zuweisungen aus dem Gesundheitsfonds bekannt

Das Bundesversicherungsamt (BVA) hat die Höhe der Zuweisungen bekanntgegeben, die die gesetzlichen Krankenkassen ab dem kommenden Jahr aus dem Gesundheitsfonds erhalten. Demnach bekommt eine Krankenkasse für jeden Versicherten eine monatliche Grundpauschale von circa 186 Euro. Hinzu kommen Zu- und Abschläge gestaffelt nach Krankheit, Alter, Geschlecht und Erwerbminderungsstatus. Der AOK-Bundesverband erwartet, dass sich der Wettbewerb künftig stärker um die beste medizinische Versorgung drehen wird. ([Pressemitteilung des AOK-Bundesverbandes, 14. November](#), [Vorabinformation des Bundesversicherungsamts, 14. November](#))

SPD-Länder kritisieren BKA-Gesetz

Der Streit um das BKA-Gesetz vor der Abstimmung im Bundesrat geht weiter. Nachdem der Bundestag das Gesetz beschlossen hat, verlangten die SPD-geführten Bundesländer Rheinland-Pfalz, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Schleswig-Holstein Korrekturen. Das Land Berlin erklärte, gegen das Gesetz stimmen zu wollen. Der rheinland-pfälzische Ministerpräsident Kurt Beck (SPD) kündigte an, den Vermittlungsausschuss von Bundestag und Bundesrat anzurufen. Hauptkritikpunkt ist die Regelung, dass Online-Durchsuchungen auch ohne richterlichen Beschluss durchgeführt werden dürfen. Zudem macht das Gesetz Unterschiede beim Zeugnisverweigerungsrecht zwischen Ärzten, Journalisten und Rechtsanwälten einerseits sowie Geistlichen, Strafverteidigern und Abgeordneten andererseits. Bundesinnenminister Wolfgang Schäuble (CDU) forderte die Länder auf, die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus mit dem Gesetz zu unterstützen. Auch SPD-Fraktionschef Peter Struck sprach sich für das Gesetz aus. (Agenturmeldung, 18. November)

Sachsen-Anhalt und Brandenburg wollen im Gesundheitsbereich kooperieren

Brandenburg und Sachsen-Anhalt wollen die medizinische Versorgung in den beiden Bundesländern enger verzahnen. Bei einer gemeinsamen Sitzung sprachen sich die Regierungen für eine Fortführung der bisher als Modellprojekte getesteten Gemeindegemeinschaften in der Regelversorgung aus. Die Kosten sollen die Krankenkassen tragen. Gemeindegemeinschaften können vor allem in ländlichen Gebieten gewisse Routineaufgaben wie Hausbesuche bei chronisch Kranken übernehmen und so die niedergelassenen Ärzte entlasten. Eine stärkere Zusammenarbeit vereinbarten die beiden Länder zudem im Energiesektor, beim Autobahnbau und in der Hochschulpolitik. (Agenturmeldung, 18. November)

Klinikmitarbeiter protestieren bundesweit gegen Finanznot der Krankenhäuser

Auf die Finanznot der deutschen Krankenhäuser hat das Aktionsbündnis „Rettung der Krankenhäuser“ aufmerksam gemacht. In einer halbstündigen „aktiven Mittagspause“ protestierten nach Veranstalterangaben bundesweit 100.000 Ärzte, Pfleger und andere Krankenhausbedienstete gegen die anhaltende Unterfinanzierung der Kliniken und das Spardiktat der Politik. Hintergrund ist die Zusage der Bundesregierung, ab dem Jahr 2009 den Kliniken drei Milliarden Euro mehr zur Verfügung zu stellen. Nach Angaben der Protestinitiatoren fehlen jedoch wegen zum Beispiel steigender Lohnkosten im nächsten Jahr 6,7 Milliarden Euro. Die Deutsche Krankenhausgesellschaft rief die Bundesregierung auf, die versprochenen Zuwendungen direkt im Gesetz festzuschreiben statt sie den Verhandlungen mit den Krankenkassen zu überlassen. Vor Akkordpflege und Fließbandmedizin in den deutschen Krankenhäusern warnte Rudolf Henke, 1. Vorsitzender der Ärztegewerkschaft Marburger Bund: „Wenn die Krankenhäuser nicht die vollen Personalkosten bezahlt bekommen, dann sparen sei bei Ärzten, Schwestern und Pflegern. Statt persönlicher Zuwendung erlebt der Patient dann eine reine Abfertigung.“ Der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung forderte die Krankenhäuser dagegen auf, zunächst ihre Strukturen zu reformieren. (Agenturmeldung, 18. November / [Pressemitteilung des Marburger Bundes, 18. November](#))

Zahl der jungen Raucher deutlich gesunken– Alkoholkonsum weit verbreitet

Der Raucheranteil bei den Minderjährigen ist auf den niedrigsten Stand seit 1979 gesunken. Während 2001 noch 28 Prozent der 12- bis 17-Jährigen rauchten, war das 2008 nur noch bei 15 Prozent der Fall. Dies zeigen die neuesten Zahlen der Studie „Drogenaffinität Jugendlicher in der Bundesrepublik Deutschland“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA). Die Zahl der „Nieraucher“ ist in den letzten vier Jahren von 40 auf 60 Prozent gestiegen. Die Zahl der probierenden Cannabiskonsumenten bei den 12- bis 25-Jährigen ist von 31 Prozent (2004) auf unter 28 Prozent (2008) gesunken. Der Alkoholkonsum, insbesondere das exzessive Rauschtrinken ist dagegen immer noch weit verbreitet. Bei den 12- bis 17-Jährigen tranken 2008 noch 17,4 Prozent regelmäßig Alkohol, 2004 war dies bei 21,2 Prozent dieser Altersgruppe der Fall. Trotz des allgemeinen Alkoholverbots für Jugendliche unter 16 Jahren, tranken 20 Prozent der 12- bis 17-Jährigen im vergangenen Monat mindestens bei einer Gelegenheit fünf oder mehr Gläser. ([Pressemitteilung der BZgA, 14. November](#))

Aus KBV und KVen

KBV und KV Nordrhein präsentieren Online-Initiativen auf der MEDICA

Die KBV und die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Nordrhein stellen auf der diesjährigen MEDICA die Online-Initiativen beider Organisationen und die elektronische Gesundheitskarte (eGK) vor. Die KBV präsentiert das KV-SafeNet, über das Vertragsärzte, KVen und medizinische Institute in einem geschützten Netzwerk Informationen austauschen können. Die KV Nordrhein stellt ihr KVNO-Portal vor, über das die Niedergelassenen beispielsweise ihre Abrechnungsdaten übermitteln, Praxisdaten ändern und Vordrucke bestellen können. Neu im KVNO-Portal ist der Dienst „Abrechnungsprofil“. Hier finden registrierte Mitglieder zukünftig tabellarisch und grafisch aufbereitete Auswertungen aus der Honorarabrechnung. Zudem werden Abweichungen zum Fachgruppendurchschnitt angezeigt. Die MEDICA ist die weltweit größte Leitmesse für Praxen und Krankenhäuser. Sie findet vom 19. bis 22. November in Düsseldorf statt. ([Pressemitteilung der KV Nordrhein, 13. November](#))

KV Brandenburg und Hausärzteschaft retten „AGnES“

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Brandenburg und der regionale Hausärzteverband beteiligen sich finanziell am Modellprojekt „AGnES“. „Wir stimmen einer Teilfinanzierung zu, damit das Modellprojekt ab 1. Januar 2009 überhaupt weitergeführt werden kann. Da die Krankenkassen auf Bundesebene sich einer sachgerechten Finanzierung verweigerten, stand AGnES vor dem Aus“, sagte der KV-Vorsitzende, Dr. Hans-Joachim Helming. Gemeinsam mit den Krankenkassen in Brandenburg werden KV und Hausärzteverband das Projekt finanzieren. Helming betonte, dass dieses Entgegenkommen ausschließlich Ausdruck der Kompromissbereitschaft der Niedergelassenen in Brandenburg sei. ([Pressemitteilung der KV Brandenburg, 13. November](#))

Startschuss für eGK in Nordrhein

Die Einführung der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) kann in der Region Nordrhein starten. „Wenn alles gut geht, könnten noch in diesem Jahr erste Lesegeräte von der Industrie in den Praxen installiert werden. Wir liegen damit voll in unserer Planung“, sagte Dr. Leonhard Hansen, Vorsitzender der Kassenärztlichen Vereinigung (KV) Nordrhein. In den kommenden Monaten werden modernste Kartenlesegeräte an die mehr als 22.000 Vertragsärzte, Zahnärzte und Krankenhäuser in Nordrhein ausgegeben. Diese Geräte können sowohl die neuen als auch die bisherigen Krankenversichertenkarten lesen. Anfang dieser Woche hatte sich die KBV mit dem Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherung auf Finanzierungspauschalen für die Lesegeräte geeinigt. „Sobald die Praxen ausgestattet sind, können die neuen Karten an die rund 9 Millionen Versicherten in Nordrhein ausgegeben werden“, kündigte der Leiter der Landesvertretung der Techniker Krankenkasse in Nordrhein-Westfalen, Günther von Aalst, an. ([Gemeinsame Pressemitteilung der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein, Kassenzahnärztlichen Vereinigung Nordrhein und Krankenhausgesellschaft Nordrhein-Westfalen, 19. November](#))

KV Hamburg erweitert Online-Arztsuche

Die Kassenärztliche Vereinigung (KV) Hamburg hat ihre Internet-Arztsuche für Diabetiker erweitert. Besucher können auf der Homepage nun nach qualitätsgeprüften Spezialisten für Diabetologie suchen. Schätzungen gehen davon aus, dass mittlerweile jeder Zehnte in Deutschland an Diabetes erkrankt ist. In Hamburg sind die Betroffenen gut versorgt, denn neben Hausärzten kümmern sich auch hoch spezialisierte Fachärzte um diese Patienten. Dabei geht es nicht nur um das Verordnen der richtigen Medizin, sondern auch um Schulungen für Diabetiker. ([Pressemitteilung der KV Hamburg, 13. November](#))

Krankenkassen gefährden belegärztliche Versorgung in Rheinland-Pfalz

Die Krankenkassen in Rheinland-Pfalz wollen den Belegärzten nicht mehr wie bisher eine Pauschale für den Bereitschaftsdienst erstatten, obwohl die Niedergelassenen die Pauschale als reinen Durchlaufposten ans Krankenhaus zahlen müssen. Die Kassenärztliche Vereinigung Rheinland-Pfalz sieht daher die Versorgung vieler Patienten insbesondere in den ländlichen Regionen gefährdet. Belegärzte sichern in vielen Krankenhäusern die Versorgung von gesetzlich Krankenversicherten, die sie neben ihrer Praxistätigkeit dort behandeln. ([Pressemitteilung der KV Rheinland-Pfalz, 18. November](#))

Aus den Verbänden

Winn fordert Rettung des Gesundheitswesens

Der Vorsitzende des Hartmannbundes, Dr. Kuno Winn, hat die Akteure im Gesundheitswesen zu gemeinsamen Aktionen im Wahljahr 2009 aufgerufen. Ziel müsse die „Rettung des Gesundheitswesens“ sein, sagte er. „Ob in den Krankenhäusern oder in den Praxen unserer niedergelassenen Kollegen – es ist fünf vor 12 und der Countdown läuft“, so der Verbandschef. Nur mit konzertierten Maßnahmen und einer geschlossenen Ärzteschaft könne die Politik zum Einlenken bewegt werden. „Das Jahr 2009 ist unsere allerletzte Chance. Dann sind die Weichen gestellt. Wenn wir jetzt nicht gemeinsam handeln, werden wir zum Zuschauen verdammt sein“, betonte der Hartmannbundvorsitzende. An Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) richtete Winn den Appell, Gesundheitspolitik zur Chefsache zu machen. ([Pressemitteilung des Hartmannbundes, 17. November](#))

Kassen kündigen Verträge – Kardiologen sehen Versorgung gefährdet

Im Zuge der Gesundheitsreform haben die gesetzlichen Kassen zum Ende des neuen Jahres zahlreiche Strukturverträge gekündigt, die in vielen Bundesländern eine qualitativ hochwertige kardiologische Versorgung gesichert haben. Zudem haben die Kassen die Verträge nach Paragraph 115 b SGB V gekündigt, die ambulante Operationen und stationersetzende Eingriffe betreffen. Für Niedergelassene Ärzte bedeute dies, dass Herzkatheteruntersuchungen nicht mehr kostendeckend durchgeführt werden können, so der Vorsitzende des Bundesverbands Niedergelassener Kardiologen Dr. Norbert Smetak. „Ambulante Herzkatheteruntersuchungen wurden bisher in fast allen Bundesländern gemäß Paragraph 115 b nach einem festen Punktwert

und unter Berücksichtigung ortsspezifischer Besonderheiten extrabudgetiert vergütet. Nachdem diese Verträge nun gekündigt wurden, wird sich die Abrechnung der Katheterleistungen in das normale Budget der niedergelassenen Kardiologen verlagern. Dadurch kann es zu einer geradezu aberwitzigen Verminderung des Punktwertes kommen“, so Smetak. ([Pressemitteilung des Bundes Niedergelassener Kardiologen, 18. November](#))

Ärztliche Befundberichte werden höher vergütet

Ärzte erhalten für das Erstellen von Befundberichten in Zukunft eine mehr als 50 Prozent höhere Vergütung. Der bisherige Vergütungssatz steigt somit von 21 Euro auf 32,50 Euro. Zudem einigten sich die Verhandlungspartner, die Bundesärztekammer und die Bundesagentur für Arbeit, darauf, dass der Befundbericht künftig innerhalb von zehn Tagen vorliegen muss. ([Deutsches Ärzteblatt, 18.November](#))

Niedergelassene Ärzte fordern mehr Datenschutz

Der NAV-Virchow-Bund verlangt mehr Datenschutz für das Gesundheitswesen. „Wir befinden uns in einem schleichenden Prozess des Übergriffes der Krake Staat auf das Gesundheitswesen. Die Datensammelwut des Staates ist mit Videoüberwachung, Vorratsdatenspeicherung und der lebenslangen Steuernummer längst erkennbar. Jetzt wird auch das Gesundheitswesen davon erfasst“, so der Vorsitzende des NAV-Virchow-Bundes, Dr. Klaus Bittmann. Aus diesem Grund fordert der Verband ein umfangreiches Datenschutzpaket für das Gesundheitswesen. In einer konzentrierten Aktion sollen Datenschützer, Ärzte und Patientenvertreter Konzepte zum Erhalt von Vertrauensschutz und Datensicherheit erarbeiten. Vergangene Woche hat der Deutsche Bundestag im Rahmen des BKA-Gesetzes beschlossen, dass Ärzte nur noch einen eingeschränkten Schutz bei Abhörmaßnahmen und Online-Durchsuchungen genießen. Die Zustimmung des Bundesrats steht noch aus. ([Pressemitteilung des NAV Virchow Bundes, 17.November](#))

Deutsche Ärzte- und Zahnärzteschaft lehnen GOZ-Referentenentwurf ab

Die deutsche Zahnärzteschaft und die deutsche Ärzteschaft lehnen gemeinsam den vom Bundesministerium für Gesundheit vorgelegten Referentenentwurf für eine neue privatärztliche Gebührenordnung für Zahnärzte (GOZ) ab. Sie sehen darin einen unverkennbaren Versuch, die privatärztlichen Honorare denen in der gesetzlichen Krankenversicherung anzupassen. Im Rahmen einer außerordentlichen Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer wurde eine entsprechende Grundsatzerklärung einstimmig verabschiedet. Der Ablehnung des Entwurfs schloss sich auch die Bundesärztekammer an. Die beiden Kammern gehen davon aus, dass die neue Ordnung weder fachlichen Kriterien noch den betriebswirtschaftlichen Zwängen in der Praxis genüge. ([Gemeinsame Pressemitteilung der Bundeszahnärztekammer und der Bundesärztekammer, 17.November](#))

DIMDI veröffentlicht neuen Diagnoseschlüssel

Das Deutsche Institut für Medizinische Dokumentation und Information (DIMDI) hat die Version 2009 der ALPHA-ID veröffentlicht. In der ICD-10-GM, der deutschen Modifikation der Internationalen Klassifikation der Krankheiten, werden medizinische Diagnosen zu Klassen zusammengefasst und mit Codes bezeichnet. Die Identifikationsnummer für Diagnosen spezifiziert als fortlaufende Nummer die Einträge des alphabetischen Verzeichnisses der ICD-10-GM. Codes können somit beim elektronischen Datenaustausch zur Dokumentation, Auswertung und Übermittlung von Diagnosen eingesetzt werden. ([Pressemitteilung von DIMDI, 17.November](#))

Robert Koch-Institut sagt Antibiotikaresistenzen den Kampf an

Resistenzen gegen Antibiotika erschweren die Behandlung von bakteriellen Infektionskrankheiten. Das Robert Koch-Institut (RKI) verstärkt daher die Erforschung von Resistenzen, insbesondere durch die Erhebung und Bewertung von entsprechenden Daten. „Antibiotikaresistenzen stellen in Deutschland ein infektionsmedizinisches Problem ersten Ranges dar“, sagte RKI-Präsident Jörg Hacker anlässlich des ersten europäischen Antibiotikaresistenztags am 18. November. Bereits in der vergangenen Woche hatte das Bundeskabinett der Deutschen Antibiotika-Resistenzstrategie zugestimmt. ([Pressemitteilung des Robert Koch-Instituts, 18. November](#))

Aus der Welt

Ärzten fehlt es an Zeit für ihre Patienten

Deutschen Ärzten steht im europaweiten Vergleich am wenigsten Zeit für ihre Patienten zur Verfügung. Das ist das Ergebnis einer vom deutschen Institut für Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen (IQWiG) durchgeführten Analyse. Die ärztlichen Sprechstunden sind in Deutschland pro Patient um ein Drittel kürzer als im europäischen Durchschnitt und damit die kürzesten in Europa. Dennoch haben deutsche Ärzte längere Arbeitszeiten. „Wir müssen es höher bewerten, wenn Ärzte sich mehr Zeit für ihre Patienten nehmen und sich in Forschungsfragen anhand objektiver Quellen auf dem Laufenden halten“, erklärte der Leiter des IQWiG, Prof. Peter Sawicki. Insgesamt ergab die Untersuchung, dass Deutschland eines der besten Gesundheitsversorgungssysteme der Welt hat. Allerdings sind Medikamente hier teurer als in jedem anderen europäischen Land. Zudem ist dem IQWiG zufolge in der täglichen Praxis der genaue Nutzen vieler medizinischer Maßnahmen unklar. Deutschland sollte daher mehr in die praxisrelevante klinische Forschung investieren und neuen Technologien gegenüber offen aber kritisch eingestellt sein, um sein Gesundheitssystem bezahlbar und leistungsfähig zu erhalten, so das Institut. ([Pressemitteilung des IQWiG, 18. November](#))

Großteil der Medizinstudenten plant Abwanderung ins Ausland

Etwa zwei von drei Medizinstudenten wollen nach ihrem Ausbildungsende im Ausland arbeiten. Das ist einem Bericht des Magazins „Focus“ zufolge das Ergebnis einer unveröffentlichten Studie der Ruhr-Universität Bochum. Nur ein Viertel der 4.000 befragten Medizinstudenten aus ganz Deutschland kann sich demnach eine Niederlassung vorstellen. Nicht einmal jeder Fünfte will später als Hausarzt arbeiten. Dagegen strebt mehr als ein Drittel der Befragten eine patientenferne Tätigkeit an. Als Gründe gaben die Studenten die ärztlichen Arbeitszeiten in Deutschland, die Budgetierung der Leistungen und die Vergütung an. (Agenturmeldung, 16. November)

Außerdem

Kösters als DKG-Präsident wiedergewählt

Die Mitgliederversammlung der Deutschen Krankenhausgesellschaft (DKG) hat Dr. Rudolf Kösters als Präsidenten der DKG für die kommenden drei Jahre bestätigt. Der Volkswirt tritt damit seine zweite Amtsperiode an. Dr. Kösters ist Vorstandsvorsitzender der St. Franziskus-Stiftung Münster. Unterstützt wird Kösters durch Wolfgang Pföhler, Vorstandsvorsitzender der Rhön-Klinikum AG, den die Mitgliederversammlung erneut zum 1. Vizepräsidenten gewählt hat. Im Amt bestätigt wurde ebenfalls der 2. Vizepräsident der DKG, Landrat Dr. Burghard Rocke. ([Pressemitteilung der Deutschen Krankenhausgesellschaft, 14. November](#))

GEK-Pflegereport: Fast jeder Zweite wird pflegebedürftig

Das allgemeine Pflegerisiko liegt bei rund 45 Prozent. Dies geht aus Zahlen hervor, die die Gmünder Ersatzkasse (GEK) in ihrem Pflegereport veröffentlicht hat. Demnach lag der Anteil der im Jahr 2007 verstorbenen Versicherten, die in ihrem Todesjahr Leistungen der Pflegeversicherung in Anspruch genommen haben, bei den Männern mit 41 Prozent niedriger als bei Frauen mit 51 Prozent. „Wenn wir den Pflegebedarf von morgen schultern wollen, müssen wir über Pflegetrends, Pflegeverläufe und Pflegedefizite mehr wissen“, sagte der GEK-Vorstandsvorsitzende Rolf-Ulrich Schlenker. Der Autor der Studie, Professor Dr. Heinz Rothgang, betonte: „Pflege geht uns alle an! Aber Pflege ist keine Einbahnstraße, es kommt auch zu Rückstufungen. Einem kleinen Personenkreis gelingt sogar die Rückkehr in die selbstständige Lebensführung.“ ([Pressemitteilung der Gmünder Ersatzkasse, 17. November](#))

Schlaues Internet: Google erkennt Grippewellen

Die Internetsuchmaschine Google kann Grippewellen schneller erkennen als die Gesundheitsbehörden. Denn in Regionen, in denen sich die Grippe ausbreitet, häufen sich Anfragen mit entsprechenden Suchbegriffen. Dies hat ein Vergleich mit Daten der US-Gesundheitsbehörde CDC ergeben. Zwar hat nicht jeder Fragende Grippe, die Zahl der Suchanfragen entspricht dennoch recht genau der Entwicklung einer Grippewelle. Während die Gesundheitsbehörde ein bis zwei Wochen braucht, um die amtlichen Daten auszuwerten, schafft Google dies wesentlich schneller. ([Google, 13. November](#))

Arbeitnehmer sind seltener krank

In den vergangenen Jahren ist die Zahl der Krankschreibungen unter Arbeitnehmern deutlich zurückgegangen. Während 1997 jeder Arbeitnehmer pro Jahr rund 18,5 Kalendertage krankgeschrieben war, waren es 2007 nur 16,4 Tage. Obwohl sich der Krankheitsstand im Vergleich zu 2006 um 0,3 Prozent erhöhte, ist keine Trendwende zu vermuten. Die gesunkenen Krankheitsstände sind laut der Studie „Fehlzeiten Report“ auf die Veränderung der Beschäftigtenstruktur, Fortschritte in der Medizin und eine verbesserte Gesundheitsvorsorge in den Betrieben zurückzuführen. Die im Branchenvergleich niedrigsten Ausfallzeiten liegen mit 2,5 Prozent bei der Datenverarbeitung. Am häufigsten krank sind die Beschäftigten im Abfall- und Abwasserbeseitigungsgewerbe mit 6,3 Prozent. ([Pressemitteilung des AOK Bundesverbands, 18. November](#))

KOMPAKT-Zahl der Woche: 185

Die monatliche Grundpauschale, die die gesetzlichen Krankenkassen für jeden Versicherten ab dem Jahr 2009 erhalten, beträgt 185,6373 Euro. Das hat das Bundesversicherungsamt (BVA) am 14. November bekanntgegeben. Weitere Informationen erhalten Sie beim [BVA](#).

Aus dem Terminkalender

- | | |
|--------------|---|
| 19.-22.11.08 | Die KBV auf der Medica
Düsseldorf, 10 Uhr |
| 22.11.08 | Vertreterversammlung der KV Bayerns
München, 9 Uhr |
| 24.11.08 | Spreestadt-Forum: Berufseinstiegsprobleme und Berufsausstiegstendenzen bei Absolventen des Medizinstudiums im Ausland
Berlin, 18 Uhr |
| 26.11.08 | Vertreterversammlung der KV Baden-Württemberg
Stuttgart, 14 Uhr |
| 26.11.08 | Vertreterversammlung der KV Saarland
Saarbrücken, 16 Uhr |
| 27.11.08 | Vertreterversammlung der KV Berlin
Berlin, 20 Uhr |
| 29.11.08 | Vertreterversammlung der KV Nordrhein
Düsseldorf |

- 01.12.08 [Spreestadt-Forum: Muss ein Uniklinikum defizitär sein? Ja, wenn er der Eigentümer so will!](#)
Berlin, 18 Uhr
- 05.12.08 [Vertreterversammlung der KBV](#)
Hotel Ellington Berlin, 10 Uhr
- 13.12.08 Vertreterversammlung der KV Westfalen-Lippe
Münster, 10 Uhr

Aus der Presse

„Verah“ – Arzthelferin auf Visite

„Helfen ja, ersetzen nein“. Mit diesen Worten fasste Dr. Andras Köhler, KBV-Vorstandsvorsitzender, die Position der Vertragsärzteschaft zum Thema Delegation und Substitution ärztlicher Leistungen zusammen. Dies meldet die Frankfurter Allgemeine Zeitung. Einen Schritt weiter geht Marie-Luise Müller, Präsidentin des Deutschen Pfliegerates, mit ihrer Forderung, die Pflegeberufe in einer eigenen Kammer zu organisieren. Zudem will sie, dass Pfleger künftig auch Hilfsarbeiten für den Arzt übernehmen. Dem widerspricht KBV-Chef Köhler: „Es gibt mit gutem Grund den Arztvorbehalt bei Leistungen, die aufgrund ihres Gefährdungspotentials ärztliche Fachkenntnisse erfordern.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 15. November)

Redaktion:

Dezernat Kommunikation der KBV

Tel: 030 / 4005 – 2208

Fax: 030 / 4005 – 27 2208

E-Mail: njahnz@kbv.de, wreinert@kbv.de, pollenschlaeger@kbv.de

Hier können Sie unsere Newsletter abonnieren, Ihre E-Mail-Adresse ändern oder unsere Newsletter abbestellen: <http://www.kbv.de/service/115.html>